



über die
2. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses
am Donnerstag, dem 05.06.2008
in der Stadthalle

Beginn: 18:15 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Dieter Drescher
Frau Ute Ebeler
Herr Wolfgang Gockel
Frau Astrid Gube
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Hartmut Madeja
Herr Hans-Jürgen Senne
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Wilfried Weigel
Herr Martin Wilhelm

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Hans-Peter Kaminski

Sachverständige gem. Beschluss des Straßenverkehrsausschusses

Herr Ulrich Lenz
Herr Norbert Mannke
Herr Wolfgang Schmücker
Herr Thomas Stoltefuß

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Frau Ulrike Bublitz
Herr Jörg Grudnio
Herr Norbert Koßmann

Entschuldigt fehlten

Herr Manfred Böttcher
Frau Britta Dreher
Herr Norbert Drüke
Herr Andreas Feld
Herr Uwe Frank
Herr Manfred Grod
Herr Peter Holtmann
Frau Susanne Middendorf
Frau Ursula Müller

Der stv. Ausschussvorsitzende, Herr **Kemna**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitglieder der Verwaltung und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bürgeranregung zur Befahrung des Radweges an der Bahnhofstraße in beide Richtungen	065/2008
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
065/2008

Bürgeranregung zur Befahrung des Radweges an der Bahnhofstraße in beide Richtungen

Herr **Kemna** verwies auf die Vorlage und vertrat die Auffassung, dass die dort gemachten Aussagen eindeutig seien.

Herr **Knop** war der Meinung, dass der Antragsteller offensichtlich mehr verärgert gewesen sei über die von der Polizei ausgestellten Verwarnungen als über die Radwegeführung, weil er diesem Aspekt einen viel längeren Schriftsatz gewidmet habe.

Er könne sich vorstellen, einen Fuß- und Radweg mit in die Planungen für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes einzubeziehen.

Für die SPD-Fraktion sei die Beschlussvorlage nachvollziehbar, erklärte Herr **Krause**.

Herr **Schmücker** teilte mit, dass es die Stadtverwaltung doch ermöglichen könne, den Radweg um 90 cm zu verbreitern.

Zu den Anregungen des Herrn Knop und des Herrn Schmücker merkte Herr **Baudrexl** an, dass die Überplanung des Bahnhofumfeldes und auch dieses Teilbereiches der Bahnhofstraße gerade in der gemeinsamen Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Straßenverkehrsausschusses vorgestellt worden sei. Der Straßenverkehrsausschuss sei aus Planungssicht nicht betroffen. Falls der Straßenverkehrsausschuss einen Beratungsbedarf sehe, müsse er dies beschließen.

Herr **Kemna** führte anschließend an, dass im Zuge der Überplanungen wohl auch der in Rede stehende Bereich der Bahnhofstraße im Sinne der Fußgänger und Radfahrer überplant werde.

Beschluss:

Nach Bewertung der Bürgeranregung und Abwägung der tatsächlichen und rechtlichen Situation wird an der bisherigen Regelung für Radfahrer festgehalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

2.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

2.2 Anfragen

2.2.1

Herr **Kasperidus** wies auf Klagen von Bürgern der Leningser Straße hin. Seit einigen Wochen werde festgestellt, dass vermehrt Schwerlastverkehr fahre, der

- a) Lärm erzeuge und
- b) mit zu hohen Geschwindigkeiten im Schulbereich fahre. Hier sei aus Gründen der Schulwegsicherung eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h angeordnet worden.

Die Stadtverwaltung werde gebeten, mit den Auftraggebern zu vereinbaren, dass eine andere Wegstrecke für die An- und Abfahrten gewählt werde.

Herr **Grudnio** erklärte hierzu, dass von Bürgern an die Verwaltung bereits derartige Beschwerden mit der Bitte um eine andere Wegstrecke heran getragen worden seien.

Auf Bitte der Verwaltung sei von der Kreispolizeibehörde Unna zugesagt worden, in dem genannten Bereich der Leningser Straße Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Diese seien bereits auch erfolgt.

Weiterhin sei mit dem Lippeverband als Auftraggeber der Bodenaushubtransporte, mit der Gemeinde Bönen als Straßenbaulastträger sowie mit dem Straßenverkehrsamt des Kreises Unna als zuständiger Straßenverkehrsbehörde für Bönen über die Straßen, die als Ausweichstrecken dienen könnten, gesprochen worden.

Bei einer gemeinsamen Überprüfung sei festgestellt worden, dass Alternativwege, wie z.B. der Schwarze Weg auf Bönener Stadtgebiet, aufgrund ihrer Fahrbahnbreiten für Schwerlastverkehre nicht ausgelegt seien und die Brücke über die Seseke nur für eine Tragkraft von 30 t ausgelegt sei. Ebenso sei von der Kreispolizeibehörde Unna, mit der die Kreisverwaltung Unna Kontakt aufgenommen hatte, mitgeteilt worden, dass sich der Einmündungsbereich Schwarzer Weg / Hammer Straße (auf Kamener Stadtgebiet Werver Mark) zu einer Unfallhäufungsstelle entwickeln könnte.

Andere Alternativstrecken seien nicht vorhanden, so dass sich leider keine andere Möglichkeit als die Nutzung der Leningser Straße anbieten würde.

In diesem Zusammenhang teilte Herr Grudnio ferner mit, dass ab der 24. Kalenderwoche aller Wahrscheinlichkeit nach die Transporte für ca. 5 Wochen ausgesetzt würden; anschließend würden allerdings weitere Transporte folgen.

2.2.2

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass auf den Parkplätzen an der Borsigstraße vermehrt parkende LKW angetroffen würden.

Von der Verwaltung wurde eine Weitergabe an die Bediensteten zur Überwachung des ruhenden Verkehrs zugesagt.

2.2.3

Auf die Bodenaushubtransporte des Lippeverbandes eingehend wies Herr **Kissing** darauf hin, dass dadurch vermehrt Straßenschäden entstehen würden. Wie ihm bekannt sei, würde eine halbe Million qm³ Erdaushub transportiert, was ca. 2.500 LKW-Ladungen entspräche. In der Vergangenheit sei bereits an der Wasserkurler Straße, im Bereich der Brücke über den Körnebach, die Fahrbahn und der Gehweg durch Transporte beschädigt worden.

Seines Erachtens sollte die Verwaltung bei Feststellung von Schäden auf die Beseitigung durch den Lippeverband drängen.

Herr **Baudrex** teilte hierzu mit, dass es sich bei den Straßen, über die die Transporte abgewickelt würden, um klassifizierte Straßen (Land- und Kreisstraßen) handeln würde, die auch zur Befahrung mit einer Vielzahl von Schwerlasttransportern ausgelegt seien.

Soweit durch Arbeiten am Körnebach Beschädigungen an Gehwegen und der Brücke entstanden seien, habe hier der Lippeverband die Schäden beseitigt.

Seitens der Stadt und der anderen Straßenbaulastträger könne mit dem Lippeverband über Schadenbeseitigung auch auf Fahrbahnen gesprochen werden, wozu allerdings, wie schon ausgesagt, keine Verpflichtung bestünde.

Nochmals auf diesen Punkt eingehend erklärte Herr **Kissing**, dass Herr Prinz vom Lippeverband ausgesagt habe, dass der Lippeverband für Schäden aufkommen würde.

Herr **Baudrex** erwiderte hierzu, dass diese Aussage bekannt sei. Allerdings bezöge sich diese auf Schäden, die außerhalb der Fahrbahnen von klassifizierten Straßen entstünden.

2.2.4

Herr **Fuhrmann** verwies darauf, dass an den neu errichteten Behindertenparkplätzen an der Kampstraße nur ein Zeichen auf die Parkplätze hinweise, ein weiteres aber fehlen würde.

Herr **Koßmann** unterrichtete die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass das an den Behindertenparkplätzen an der Kampstraße fehlende Verkehrszeichen, wie auch alle anderen fehlenden Verkehrszeichen in der Innenstadt (nach Neuausbau), angeordnet und bestellt worden sei.

2.2.5

Herrn **Fuhrmann** war aufgefallen, dass am Bahnsteig des Bahnhofes Methler in Fahrtrichtung Hamm, am Wartehäuschen, ein starker Bewuchs von Wildkräutern vorhanden sei, welcher bereits zu Behinderungen der wartenden Fahrgäste führen würde. Er fragte an, ob die Verwaltung die Möglichkeit hätte, hier auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken.

Von der Verwaltung wurde zugesagt, mit der Deutschen Bahn AG entsprechende Gespräche bzgl. Rückschnitt zu führen.

2.2.6

Herr **Kaminski** wies darauf hin, dass im Bereich der Wilhelm-Bläser-Straße durch die Transporte des Lippeverbandes Straßenverunreinigungen entstehen würden. Er fragte daher nach, ob es vertragliche Vereinbarungen mit dem Lippeverband gäbe, die die Straßenreinigung betreffen.

Von Herr **Koßmann** wurde erwidert, dass es zwar keine vertraglichen Vereinbarungen gäbe, aber der Lippeverband auf Wunsch der Stadt Kamen regelmäßig und darüber hinaus auch bei außerordentlichen Verschmutzungen Reinigungen durchführe.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Kemna
stv. Vorsitzender

gez. Grudnio
Schriftführer